

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuß

2. Sitzung
am Mittwoch, dem 8. Mai 1996,
Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Heinz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Ingrid Franzen (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

in Vertretung

von Klaus-Peter Puls

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Wilfried Voigt (Bündnis 90/Die Grünen)

Anke Spoorendonk (SSW)

Landtagsverwaltung

LMR Dr. Horst Wuttke

RR zA Petra Tschanter

Weitere Anwesende

MR Gerd-Harald Friedersen

Tagesordnung:		Seite
1.	Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens	4
2.	Terminplanung	5
3.	Aktenvorlage	6
4.	Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuß erweitert die Tagesordnung um den Punkt "Antrag auf Aktenvorlage", Umdruck 14/7.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Antrag auf Durchführung eines Volkbegehrens

hierzu: Umdruck 14/5

Der Ausschuß beschäftigt sich mit dem dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags übergebenen Antrag der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche auf Durchführung eines Volksbegehrens zur Erhaltung des Buß- und Bettages, prüft die Zulässigkeit des Volksbegehrens und empfiehlt dem Landtag einstimmig, festzustellen, daß der Antrag zulässig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Terminplanung

Der Ausschuß legt folgende Sitzungstermine fest:

Mittwoch, 5. Juni
Mittwoch, 7. August
Mittwoch, 21. August
Mittwoch, 11. September
Mittwoch, 2. Oktober
Mittwoch, 6. November
Mittwoch, 27. November
Mittwoch, 18. Dezember

Abg. Franzen weist darauf hin, daß es zwei Überschneidungen mit Reserveterminen des Umweltausschusses gebe. - Der Ausschuß nimmt dies zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Aktenvorlage

Antrag der Fraktion der CDU
Umdruck 14/7

Abg. Geißler bringt den aus Umdruck 14/7 ersichtlichen Antrag auf Aktenvorlage ein und beantragt, die Fertigung von Kopien zu gestatten.

Abg. Saxe führt an, der vorliegende Antrag sei nicht begründet und nicht hinreichend konkret. Er regt an, zunächst eine Anfrage an das Ministerium zu richten mit dem Inhalt, welchen Umfang die angeforderten Akten hätten.

Abg. Geißler erwidert, daß ein Akteneinsichtsbegehren in der Tat konkretisiert werden müsse. Er habe dem durch die Bezeichnung "Jugendanstalt Schleswig" hinreichend Rechnung getragen. Den Umfang der Akten könne er nicht übersehen. Gegebenenfalls - so regt er an - müsse über ein gestuftes Verfahren nachgedacht werden. Im übrigen bedürfe es nach der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung bezüglich des Verfahrens bei Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung keiner weiteren Begründung.

Auch Abg. Kähler hält den vorliegenden Antrag für nicht konkretisiert genug. Sie kündigt jedoch an, daß auch Vertreter der SPD-Fraktion Akteneinsicht nehmen würden.

Auf eine Nachfrage des Abg. Saxe, welche Akten konkret angefordert werden sollten, antwortet Abg. Geißler, er vermöge nicht zu übersehen, welcher Aktenbestand geführt werde. Er sei an allem interessiert, was es in diesem Zusammenhang gebe, beispielsweise an Bauunterlagen, Finanzierungsunterlagen, Korrespondenz und so weiter. Eine weitergehende Konkretisierung des Antrages käme - so führt Abg. Geißler aus - einer Begründungspflicht nahe, die es nach der bereits von ihm zitierten Vereinbarung nicht gebe.

Der Vorsitzende stellt nach Befragung der Ausschußmitglieder fest, daß der Antrag auf Aktenvorlage von allen anwesenden Ausschußmitgliedern unterstützt wird.

Abg. Dr. Kötschau verweist bezüglich des Antrags von Abg. Geißler hinsichtlich der Fertigung von Kopien darauf, daß der Justizminister bei Übersendung der angeforderten Akten auf den

Grad der Vertraulichkeit hinweisen werde. - Abg. Geißler zieht seinen Antrag auf die Gestattung der Fertigung von Kopien zurück.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende kündigt an, sämtliche vom Landtag dem Innen- und Rechtsausschuß überwiesenen Vorlagen als Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Ein weiterer Tagesordnungspunkt sei die Vorstellung des Innenministeriums. Die Vorstellung des Justizministeriums werde voraussichtlich in der Sitzung am 7. August 1996 stattfinden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 14.15 Uhr.

gez. Maurus
Vorsitzender

gez. Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin